

Gemeinsame Stellungnahme geistes-, kultur- und sozialwissenschaftlicher Fachgesellschaften zur Ankündigung der Bundesministerin für Bildung und Forschung, die Wissenschaftskommunikation in Deutschland zu stärken (Mitteilung vom 14. November 2019)

In einem aktuellen Statement der Ministerin für Bildung und Forschung Anja Karliczek ist zu lesen:

»Es ist eines meiner wichtigsten politischen Ziele, den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zu intensivieren. Wissenschaftskommunikation wird daher künftig einen weitaus größeren Platz in der Förderpolitik meines Hauses bekommen. Wissenschaftskommunikation muss ein selbstverständlicher Teil wissenschaftlichen Arbeitens werden. Wir unterstützen den bereits begonnenen Kulturwandel hin zu einer kommunizierenden Wissenschaft.«¹

Dazu wurde ein Grundsatzpapier des Ministeriums veröffentlicht, in dem es unter anderem heißt:

»Das BMBF möchte Forschende dazu befähigen und ermutigen, ihre Erkenntnisse der allgemeinen Öffentlichkeit zu vermitteln und sich in öffentliche Debatten auch zu kontroversen gesellschaftlichen Fragestellungen einzubringen. Hierfür müssen im Rahmen der wissenschaftlichen Selbstverwaltung bestehende Reputationslogiken unter Wahrung der wissenschaftlichen Exzellenz überdacht und Möglichkeiten zur Entwicklung von Kompetenzen in der Wissenschaftskommunikation geschaffen werden.«²

Es wird im selben Papier angekündigt, wie dies konkret geschehen soll:

»Das BMBF möchte gemeinsam mit den Wissenschaftsorganisationen die Rahmenbedingungen für Wissenschaftskommunikation im Forschungsalltag verbessern. Es setzt sich mit einer Reihe von Maßnahmen [...] dafür ein, dass Wissenschaftskommunikation grundständig im Wissenschaftssystem verankert wird. Gleichzeitig ist es dem BMBF wichtig, die Wissenschaftskommunikation durch einen besseren Transfer von Wissenschaftskommunikationsforschung und -praxis methodisch zu stärken.«

Bemerkenswert ist, dass das Ministerium die Wissenschaftskommunikation als ein Kriterium in sein Förderprogramm aufnehmen, Qualitätskriterien für

1 www.bmbf.de/de/karliczek-austausch-zwischen-wissenschaft-und-gesellschaft-intensivieren-10173.html, letzter Aufruf 13. August 2020.

2 www.bmbf.de/upload_filestore/pub/Grundsatzpapier_zur_Wissenschaftskommunikation.pdf

Wissenschaftskommunikation entwickeln und die Wirkung der Wissenschaftskommunikation messen will. Eine weitere Strategie in diesem Zusammenhang ist die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements im Rahmen von »Citizen Science«.

Die unterzeichnenden Fachgesellschaften (siehe unten) begrüßen die explizite Anerkennung von Wissenschaftskommunikation als ein Element akademischer Forschung und Lehre. Auch stimmen sie mit der Ministerin darin überein, dass Wissenschaft eine zentrale Rolle bei der Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen spielt, seien sie wirtschaftlicher, sozialer oder ökologischer Natur. Zugleich muss deutlich sein, dass Wissenschaft selbst Teil der Gesellschaft ist, die sie beobachtet und erklärt – wenngleich sozialer Alltag und Forschung jeweils eigenen Logiken folgen, die es unbedingt zu erhalten gilt.

Die unterzeichnenden Fachgesellschaften sehen in dem von Ministerin Karliczek initiierten Prozess Chancen und Risiken, die im Folgenden themenhaft benannt werden.

1. Eine integrative Strategie der Förderung der Wissenschaftskommunikation darf unter keinen Umständen die verfassungsgemäße Freiheit der Wissenschaft gefährden. Wissenschaftskommunikation darf nicht zur Diskriminierung wissenschaftlicher Themen führen, die gerade nicht, oder nur in geringem Maße, auf öffentliches Interesse stoßen.
2. Dies gilt auch, und gerade, für kritische Positionen, die auf Verzerrungen, Schwierigkeiten und andere Probleme hinweisen, die mit Wissenschaftskommunikation einhergehen. So ist zum Beispiel die Kopplung von »Reputation« in der Wissenschaft mit Reichweite oder Impact außerhalb der Wissenschaft hoch problematisch.
3. Wissenschaft produziert evidenzbasierte Erkenntnisse, sie produziert jedoch auch – methodologisch kontrolliert – Komplexität, Zweifel, Vorläufigkeit und neue Fragen. Beide Ausrichtungen sind in den Prozess der Wissenschaftskommunikation einzuspeisen. Es wäre fatal, Wissenschaft auf nützliche Faktenproduktion zu reduzieren. Es wäre auch fatal, der Öffentlichkeit in dieser Hinsicht falsche Versprechungen zu machen. Wer Wissenschaftskommunikation will, muss mit der Produktion und Relevanz von Unsicherheit, Kritik, Komplexität und Nuancierung rechnen. Die unterzeichnenden Fachgesellschaften sind überzeugt, dass dies als gesellschaftliche Aufklärung wiederum sinnvoll und konstruktiv ist.

4. Zu guter Wissenschaftskommunikation gehört die Reflexion darüber, welche Öffentlichkeit, welche Publika, welche Kontexte, wer also was genau verstehen soll? Wer soll erreicht werden? Wozu? Diese Fragen sind Teil von Wissenschaftskommunikation und sie werden bereits intensiv beforscht. Auch dies muss systematisch bei der Generierung und Implementierung von Kriterien berücksichtigt werden.
5. Wissenstransfer ist neben Lehre und Forschung schon jetzt an vielen Hochschulen integrativer Teil des Leitbildes. Die hier stattfindenden konzeptionellen und kommunikativen Bemühungen sollten in die politischen Bemühungen um eine Förderung der Wissenschaftskommunikation systematisch einbezogen werden.
6. Wissenschaftskommunikation wird schon jetzt vielfach angestrebt und auch umgesetzt, doch die Ergebnisse verpuffen oft. Effektive, das heißt umsetzungsnahe und nachhaltige, Wissenschaftskommunikation benötigt Raum, Zeit und Ressourcen.
7. Förderprogramme des BMBF, wie auch der EU, setzen häufig auf die Kooperation mit der außerwissenschaftlichen Praxis. In solchen Prozessen treffen nicht nur unterschiedliche Funktionsprinzipien aufeinander, sondern auch unterschiedliche Interessen. Der Wissenschaftskommunikation kommt hier nicht nur die Aufgabe zu, solche Spannungen und Konflikte produktiv aufzulösen – sondern auch, diese Spannungen sichtbar und verständlich zu machen.
8. Wissenschaftskommunikation braucht disziplinen- und themen- sowie publikaspezifische Qualitätskriterien. Die unterzeichnenden Fachgesellschaften möchten sich mit ihrer breiten Fachexpertise und Erfahrung in diesen Prozess einbringen und erwarten, dass möglichst viele wissenschaftliche Fachgesellschaften eingebunden werden. Die Generierung von Standards der Forschungsförderung darf nicht an der scientific community vorbei geschehen.
9. Die unterzeichnenden Fachgesellschaften fordern ein transparentes Verfahren der einzurichtenden Denkwerkstatt #FactoryWisskomm und sehen dafür die kollaborative Beteiligung Vieler als Bedingung.
10. Es ist (aus der Forschung!) bekannt, dass die Bürgerwissenschaft, bzw. Citizen Science, in den gut situierten Milieus (Bildung, Einkommen, Lebensstil) auf deutlich mehr Interesse stößt, als in den weniger gut ausgestatteten Milieus. Eine umfassende Strategie der Wissenschaftskommunikation hat dies zu berücksichtigen und darauf hinzuwirken, dass alle sozialen Gruppen in den Genuss der Beteiligungsformen kommen und

dass auch die Interessen der Unterprivilegierten einbezogen werden. Darüber hinaus kann die Kooperation mit der Bürgergesellschaft nur gelingen, wenn wissenschaftliche Qualitätskriterien beachtet werden und wenn die Bürgerinnen und Bürger in enger Kooperation mit der Wissenschaft stehen.

Wir formulieren diese Punkte im Sinne einer produktiven Debatte, und eines konstruktiven Engagements. Die unterzeichnenden Fachgesellschaften möchten in die Beratungen und Konkretisierungen von Wissenschaftskommunikation als Element der Forschungsförderung einbezogen werden.

Deutsche Gesellschaft für Philosophie (DGPhil)

Deutsche Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP)

Deutsche Gesellschaft für Psychologie (DGPs)

Deutsche Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPuK)

Deutsche Gesellschaft für Sozial- und Kulturanthropologie (DGSKA)

Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA)

Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS)

Deutsche Gesellschaft für Volkskunde (dgv)

Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW)

Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB)

Gesellschaft für Anthropologie (GfA)

Gesellschaft für sozioökonomische Bildung und Wissenschaft (GSÖBW)

Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD)

6. Dezember 2019

Folgende Fachgesellschaften unterzeichnen die Stellungnahme im Anschluss an die Veröffentlichung:

Gesellschaft für Hochschulgermanistik (GfH) im Deutschen Germanistenverband (DGV)

Gesellschaft für Medienwissenschaft (GfM)

Gesellschaft für Populärmusikforschung (GfPM)

Verband Deutscher Kunsthistoriker

Positionierung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft (DGPK) und der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) zum Grundsatzpapier des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) zur Wissenschaftskommunikation¹

Vorbemerkung

Am 6. Dezember 2019 wurde die »Gemeinsame Stellungnahme geistes-, kultur- und sozialwissenschaftlicher Fachgesellschaften zur Ankündigung der Bundesministerin für Bildung und Forschung, die Wissenschaftskommunikation in Deutschland zu stärken (Mitteilung vom 14. November 2019)« als Reaktion auf das Grundsatzpapier zur Wissenschaftskommunikation des BMBF veröffentlicht. In diesem von der Deutschen Gesellschaft für Soziologie federführend entwickelten Papier erkennen die Fachgesellschaften die wichtige Rolle öffentlicher Wissenschaftskommunikation an und benennen thesenhaft Chancen aber auch Risiken, die mit den vom BMBF geforderten Maßnahmen für Wissenschaft und Gesellschaft einhergehen können.

Das vorliegende Papier von DGPK und DGS schließt an o.g. Stellungnahme der Fachgesellschaften an und entwickelt schwerpunktmäßig Empfehlungen für konkrete Handlungsfelder und Maßnahmen für die Förderung von Wissenschaftskommunikation in Deutschland, die sich aus der vorhandenen Expertise der Wissenschaftskommunikationsforschung auf Basis theoriegeleiteter empirischer Forschung ableiten lassen. Diese Handlungsempfehlungen basieren auf einer grundlegenden Zustimmung zu den von der DGS vorgetragenen Chancen und Risiken des durch das Grundsatzpapier des BMBF initiierten Prozesses zur Stärkung der Wissenschaftskommunikation.

¹ Das Papier basiert maßgeblich auf der Vorarbeit von Expert*innen aus der Fachgruppe Wissenschaftskommunikation der DGPK. Unser Dank dafür gilt Dr. Andreas Scheu und Dr. Birte Fähnrich, für die Formulierung und Koordination des Erstentwurfs sowie den Kolleg*innen, deren wertvolle Rückmeldungen in diese Stellungnahme eingeflossen sind: Prof. Dr. Bernd Blöbaum, Dr. Tobias Boll, Prof. Dr. Michael Brüggemann, Dr. Martina Franzen, Prof. Dr. Annette Leßmöllmann, Prof. Dr. Frank Marcinkowski, Prof. Dr. Julia Metag, Prof. Dr. Michaela Pfadenhauer, Prof. Dr. Senja Post, Prof. Dr. Simone Rödder, Prof. Dr. Mike S. Schäfer, Prof. Dr. Hannah Schmid-Petri, Prof. Dr. Dominik Schrage, Prof. Dr. Jens Wolling.

Erklärung

Wissenschaft ist als Forschung und Lehre Teil von Gesellschaft und stellt dieser ihre Erkenntnisse zur Verfügung. Wissenschaftskommunikation im Sinne einer öffentlichkeitswirksamen Kommunikation über wissenschaftliches Wissen, Methoden, Akteure und Praktiken ist dabei eine Übersetzungsleistung zwischen Wissenschaft und anderen gesellschaftlichen Feldern. Aus unserer Sicht muss jede strukturelle Weiterentwicklung von Wissenschaftskommunikation daher insbesondere die Wahrung der Interessen von Gesellschaft und Wissenschaft gleichermaßen bedienen. Im Sinne der im Grundsatzpapier betonten Relevanz wissenschaftlicher Evidenz für die politische und gesellschaftliche Handlungsfähigkeit sollte das Ministerium die in der Wissenschaftskommunikationsforschung bereits bestehende Expertise nutzen (z.B. zur Wirkung von Kommunikationsmaßnahmen, zu disziplinären Kommunikations- und Publikationskulturen, zu Aktivitäten verschiedener wissenschaftlicher Akteure, zu Erwartungen verschiedener Publika und ihren heterogenen Rezeptionsmuster, zu den Entwicklungen des Wissenschaftsjournalismus). Entscheidungen über die Förderung von Wissenschaftskommunikation sollten daraus entwickelt und auf Forschungsergebnissen aufgebaut sein. Auf dieser Basis ergeben sich aus Sicht der unterzeichnenden Fachgesellschaften folgende vier Handlungsfelder, auf denen das BMBF tätig werden bzw. deren Bearbeitung es initiieren sollte:

1. Umfassende Bestandsaufnahme des Status quo

Die im Grundsatzpapier beschriebene Forderung nach einem »Wandel hin zu einer kommunizierenden Wissenschaft« impliziert eine Defizitdiagnose.

Es scheint, dass das Ministerium gegenwärtig der Ansicht ist, es bestünde ein »zu Wenig« an Wissenschaftskommunikation oder es fehle der Wissenschaft an der notwendigen Öffentlichkeitsorientierung. Im Fokus des Ministeriums steht dabei insbesondere die institutionalisierte Wissenschaft, die sich stärker in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen soll. Unklar bleibt dabei, welches Verständnis von Wissenschaftskommunikation einer solchen Defizitdiagnose zugrunde liegt, woran das Ministerium diesen Mangel an institutioneller Wissenschaftskommunikation bemisst und auf welcher empirischen Basis diese Diagnose getroffen wurde.

Wir regen daher einerseits eine umfassendere Berücksichtigung bestehender empirischer Forschung zu den Entwicklungen der Wissenschaftskommunikation an sowie andererseits die systematische Unterstützung wissenschaftlicher Initiativen, die relevante Fragestellungen auf allen institutionellen Ebenen untersuchen. Dazu gehören bestehende Aktivitäten der zentralen Kommunikationsabteilungen der Hochschulen und Forschungseinrichtungen ebenso wie dezentralen Strukturen von Wissenschaftsorganisationen, z.B. an Lehrstühlen, Instituten und Forschungsbereichen. Zudem sollte der faktische und mögliche Einfluss der institutionalisierten Wissenschaft (also insbesondere der Wissenschaftsorganisationen sowie individueller Wissenschaftler*innen) auf die öffentliche Wahrnehmbarkeit von Wissenschaft sowohl kritisch reflektiert als auch empirisch untersucht werden. Denn in den vergangenen Jahren hat sich Wissenschaftskommunikation im Kontext der Digitalisierung stark ausdifferenziert. Es hat sich sowohl die Vielfalt der Kommunikationskanäle und Formate deutlich erhöht als auch das Spektrum relevanter Akteur*innen jenseits des klassischen Wissenschaftsjournalismus deutlich erweitert. Diese ungebrochene Dynamik ist bei allen wissenschaftspolitischen Initiativen zur Wissenschaftskommunikation angemessen zu berücksichtigen und eine Engführung des Begriffes zu vermeiden.

2. Reflexion und Konkretisierung von Zielen

Im Grundsatzpapier des BMBF werden Ziele, die durch die Förderung von Wissenschaftskommunikation erreicht werden sollen, nur sehr unspezifisch definiert. Auch hier liegen Studien vor, die sich mit den Leistungen beschäftigen, die Wissenschaftskommunikation für Akteur*innen aus Wissenschaft und außerwissenschaftlichen Anspruchsgruppen erbringen kann. Hierbei gilt, dass unterschiedliche Leistungen über unterschiedliche Formen der Wissenschaftskommunikation erreicht werden. Die im Grundsatzpapier aufgeführten Maßnahmen rekurrieren nicht auf konkrete Ziele, sondern setzen voraus, dass mehr Wissenschaftskommunikation und die Diversifizierung von Formen von Wissenschaftskommunikation förderlich sind – für wen oder was, ist nicht klar. In diesem Zusammenhang ist auch die pauschale Unterstellung einer uneingeschränkten Nachfrage nach Wissenschaftskommunikation durch die breite Öffentlichkeit, wie sie im Grundsatzpapier impliziert wird, empirisch nicht haltbar und reflexionsbedürftig.

Gefragt ist ein differenzierter Blick auf Erwartungen, Motive und Nutzungskontexte unterschiedlicher Anspruchsgruppen. Ohne konkrete Zielsetzung bleiben die geforderten Maßnahmen somit vage, erscheinen willkürlich und laufen Gefahr, zum Selbstzweck zu werden. Eine substanzielle Evaluation der Maßnahmen ist auf dieser Grundlage nicht möglich. Die bestehende Indifferenz von Zielen und Motiven ist zudem vor dem Hintergrund der öffentlichen Finanzierung wesentlicher Teile von Wissenschaftskommunikation problematisch. Hier besteht bereits Evidenz, die als politische Entscheidungsgrundlage herangezogen werden kann. Das BMBF sollte daher im Austausch mit Wissenschaftskommunikationsforschung und -praxis konkrete Zielkataloge erarbeiten. Neben einer Explikation von Zielen für die Wissenschaftskommunikation sollten auch Motive der politischen Förderung von Wissenschaftskommunikation klarer reflektiert und benannt werden. Wissenschaft pauschal auf mehr Kommunikation zu verpflichten, ist allein nicht zielführend.

3. Anreizmechanismen für individuelle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

Im Grundsatzpapier werden individuelle Forschende als primäre Kommunikator*innen angesprochen. Es wird gefordert, dass diese dazu befähigt und ermutigt werden sollen, mit der Öffentlichkeit in den Dialog zu treten. Der vorliegende Forschungsstand zeigt, dass Wissenschaftler*innen Wissenschaftskommunikation überwiegend befürworten. Dennoch zeigt sich auch, dass vor allem mangelnde zeitliche Ressourcen aufgrund hoher Forschungs-, Lehr- und Gremienbelastung eine aktivere Beteiligung vieler Wissenschaftler*innen an Wissenschaftskommunikation kaum zulassen. Die im Grundsatzpapier angeführten Maßnahmen gehen nicht darauf ein, wie dieses Kommunikationshindernis adressiert werden kann. Die Hinweise auf notwendige Veränderungen der Reputationslogiken der wissenschaftlichen Selbstverwaltung und die Schaffung von Möglichkeiten zum Kompetenzerwerb verweisen stattdessen darauf, dass vor allem die Rollenerwartungen an Forschende ausgeweitet werden sollen. Ohne einen Ausbau an Ressourcen – für mehr Arbeit wird schlichtweg mehr Zeit benötigt – wird die Umsetzung solcher Maßnahmen vor allem den wissenschaftlichen Nachwuchs unnötig weiter unter Druck setzen. Das Ziel eines wissenschaftspolitisch motivierten Ausbaus der Wissenschaftskommunikation ist aus unserer Sicht nur dann

möglich, wenn Wissenschaftsakteur*innen entlastet und entsprechende (Unterstützungs-)Strukturen geschaffen bzw. systematisch gestärkt und Ressourcen bereitgestellt werden. Notwendig erscheint uns vor diesem Hintergrund ein Überdenken von Anreizmechanismen innerhalb wissenschaftsinterner Governancestrukturen. Gangbare Modelle wären beispielsweise die Anerkennung von Wissenschaftskommunikation durch die Entlastung von Lehrverpflichtungen bzw. Gremienarbeit oder dort, wo es sinnvoll ist, auch eine hochschulbezogene Zuweisung von Fördermitteln für Wissenschaftskommunikation, die dann innerhalb der Hochschulen an aktive Wissenschaftler*innen ausgeschüttet werden könnte. Dabei muss jedoch stets eine Balance von Anreizen und Kriterien wissenschaftlicher Exzellenz und Relevanz gewahrt bleiben; Anreize dürfen also nicht dazu führen, dass Forschungsprojekte überwiegend nach Kriterien der Öffentlichkeitswirksamkeit ausgesucht und andere Ziele von Forschung verdrängt werden. Hierbei ist auch zu bedenken, dass der Wissenschaftsjournalismus eine wichtige Vermittlungsleistung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft erbringt und damit einzelne Wissenschaftler*innen entlastet. Die kritische ökonomische Lage vieler Medienunternehmen, die journalistische Produkte herausgeben, erschwert diese Vermittlungsleistung. Solche Entwicklungen sollten im Hinblick auf die Planung von Maßnahmen guter Wissenschaftskommunikation reflektiert werden, um die Vermittlung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft nachhaltig zu sichern und zu stärken.

Weitere Befunde der Forschung zum Kommunikationsverhalten individueller Wissenschaftlerinnen zeigen, dass die Wahrnehmung, selbst nicht über ausreichende Kommunikationskompetenzen zu verfügen, die Bereitschaft zur Wissenschaftskommunikation verringert. Deutschland vernachlässigt hinsichtlich der strukturellen Ausstattung bei der Ausbildung von (Nachwuchs-)Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern den Bereich Wissenschaftskommunikation – insbesondere im Vergleich zum angloamerikanischen Raum. Hier wäre eine Institutionalisierung entsprechender Ausbildungsangebote wichtig. Vorstellbar wären auch die Entwicklung zusätzlicher wissenschaftlicher Stellenprofile, die Vermittlungsaufgaben stärker berücksichtigen (z.B. im Sinne einer Ausstattung von Professuren mit zusätzlichen Vermittlungsressourcen), sowie die Bereitstellung von Ressourcen auf Organisationsebene, die diese Maßnahmen unterstützen.

4. Evaluation und langfristige Qualitätssicherung

Im Grundsatzpapier des BMBF wird thematisiert, was gute Wissenschaftskommunikation leisten soll: Nicht nur Ergebnisse vermitteln, sondern auch Prozesse und Methoden wissenschaftlicher Arbeit transparent machen und dabei die Komplexität und Vorläufigkeit von wissenschaftlichen Erkenntnissen thematisieren. Wissenschaftskommunikation muss dabei zwischen unterschiedlichen Ansprüchen von Kommunikator*innen und Rezipient*innen vermitteln. Hierbei erscheint es uns wichtig, Wissenschaftskommunikation einerseits systematisch und unabhängig zu evaluieren und in die Etablierung standardisierter Verfahren zur Erfolgskontrolle zu investieren sowie bestehende Kriterien für Erfolg zu überdenken und ggf. neu zu fassen, um Fehlentwicklungen gegensteuern zu können. Diese Aufgabe sollte nicht bei den kommunizierenden wissenschaftlichen Akteur*innen liegen, sondern grundsätzlich unter Einbezug wissenschaftlicher (Begleit-)Forschung erfolgen. Zentrale Voraussetzung ist unseres Erachtens dabei eine systematische institutionelle Förderung der Wissenschaftskommunikationsforschung im Sinne eines nachhaltigen Capacity Building (Einrichtung von Professuren, Ausschreibung von Förderrichtlinien und -programmen, systematische Nachwuchsförderung), die im Grundsatzpapier angedeutet aber nicht expliziert wird.

Darüber hinaus erscheint uns eine intensiviertere Analyse und Diskussion funktionaler und dysfunktionaler Folgen des politisch motivierten Ausbaus von Wissenschaftskommunikation innerhalb der Wissenschaft geboten. Das BMBF hat unter dem Titel »Neue Governance der Wissenschaft« entsprechende Forschung gefördert. Eine Intensivierung interdisziplinärer Wissenschaftskommunikationsforschung könnte hier eine wichtige Grundlage für eine evidenzbasierte Reflexion dieser Fragen liefern.

5. Empfehlungen zur Umsetzung der identifizierten Handlungsfelder

Ein zentrales Anliegen der unterzeichnenden Fachgesellschaften ist es, zu einer evidenzbasierten Förderung von Wissenschaftskommunikation beizutragen. Gemeinsam möchten wir die künftige strukturelle Weiterentwicklung der Wissenschaftskommunikation unterstützen und die Expertise der von uns vertretenen Fächer zugunsten eines Entwicklungsprozesses im Sin-

ne von Gesellschaft und Wissenschaft in die Wissenschaftspolitik einbringen. Zur Etablierung eines konstruktiven Austauschs zwischen Politik und Fachgesellschaften werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

1. Initiierung und Verstetigung eines Dialogs zwischen BMBF und Fachgesellschaften, u.a. durch die Etablierung von Fachveranstaltungen und Austauschformaten
2. Förderung des regelmäßigen Austauschs zu Aufgaben und Vorgehen aus Sicht unterschiedlicher Wissenschaftsdisziplinen, mit dem Ziel einer breiten Klärung der Mittel und Möglichkeiten von Wissenschaftskommunikation
3. Vermittlung von Expert*innen durch Wissenschaftsinstitutionen für Expertisen und Konsultationen aus Gesellschaft, Politik und Journalismus.
4. Die systematische Aufbereitung des Forschungsstandes zu bestimmten Themenfeldern der Wissenschaftskommunikation
5. Einrichtung von Beratungsgremien unter Beteiligung von Wissenschaftskommunikationsforscherinnen und -forschern
6. Berücksichtigung internationaler Erfahrungen und Entwicklung (Konsultation von Experten, Vergleichsstudien)
7. Kontinuierliche Evaluation des hier skizzierten Maßnahmenpakets

Für die Deutsche Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK)
Prof. Dr. Lars Rinsdorf, Vorsitzender

Für die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS)
Prof. Dr. Birgit Blättel-Mink, Vorsitzende

19. Juni 2020

Weitere unterstützende wissenschaftliche Fachgesellschaften:

Deutsche Gesellschaft für Fremdsprachenforschung (DGFF)
Deutsche Gesellschaft für Medizinische Psychologie (DGMP)
Deutsche Gesellschaft für Philosophie (DGPhil)
Deutsche Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP)
Deutsche Gesellschaft für Psychologie (DGPs)
Deutsche Gesellschaft für Sozial- und Kulturanthropologie (DGSKA)
Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA)

Deutsche Gesellschaft für Stammzellforschung (GSZ)
Deutsche Gesellschaft für Technische Bildung (DGTB)
Deutsche Gesellschaft für Volkskunde (dgv)
Deutsche Pharmazeutische Gesellschaft (DPhG)
Deutsche Vereinigung für Chinastudien (DVCS)
Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW)
Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB)
Deutsche Vereinigung für Religionswissenschaft (DVRW)
Deutsche Vereinigung für Sportwissenschaft (dvs)
Deutscher Anglistenverband
Deutscher Slavistenverband
Fakultätentag für Maschinenbau und Verfahrenstechnik (FTMV)
Fakultätentag Informatik der Universitäten in der BRD
Gesellschaft für Angewandte Mathematik und Mechanik (GAMM)
Gesellschaft für Hochschulgermanistik im Deutschen Germanistenverband
(GfH im DGV)
Gesellschaft für Informatik (GI)
Gesellschaft für Japanforschung (GJF)
Gesellschaft für Kognitionswissenschaft (GK)
Gesellschaft für Medienwissenschaft (GfM)
Gesellschaft für Populärmusikforschung (GfPM)
Gesellschaft für sozioökonomische Bildung und Wissenschaft (GSÖBW)
Indogermanische Gesellschaft (IG)
Kriminologische Gesellschaft (KrimG)
Mediävistenverband
Neurowissenschaftliche Gesellschaft (NWG)
Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB)
Verein für Socialpolitik (VfS)
Vereinigung für Allgemeine und Angewandte Mikrobiologie
Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD)
Verband Deutscher Kunsthistoriker
Wissenschaftliche Gesellschaft für Theologie

Stellungnahme der DGS zum Umgang mit studentischen Lehrveranstaltungsevaluationen¹

Die Bewertung der Qualität universitärer Lehre durch Studierende mittels standardisierter Fragebögen – kurz studentische Lehrveranstaltungsevaluation (LVE) – hat im deutschsprachigen Raum flächendeckende Verbreitung gefunden und ist auch in Hochschulgesetzen fest verankert. Die Zielsetzungen, die sich hinter dem Einsatz des Instruments verbergen können, sind vielfältig, wobei es erhebliche Variation in den Evaluationspraktiken und -kulturen zwischen Hochschulen und Fächern gibt: Studentische LVE bieten Studierenden eine Möglichkeit, den Lehrenden die eigenen Erfahrungen und Sichtweisen auf die Lehre in anonymisierter Form zurück zu spiegeln. LVE können den Lehrenden Informationen liefern, um die Erwartungen der Hörerschaft besser zu verstehen und die Qualität ihrer Lehre zu steigern. Und LVE können zur Setzung von Anreizen für bessere Lehre (z.B. Lehrpreise), als Entscheidungsgrundlage bei Berufungs- und Entfristungsverfahren (z.B. kritische Schwellen als Bedingung für *Tenure*) sowie zur Kontrolle der Lehrleistung (z.B. hochschulinterne Publikation von LVE-basierten Lehrenden-Rankings) eingesetzt werden.

Je nach dem angestrebten Verwendungszweck unterscheiden sich die Anforderungen – z.B. im Hinblick auf die Validität, Präzision und Vergleichbarkeit der Messungen – an das Instrument. Daher sind studentische LVE für diese unterschiedlichen Zielsetzungen nicht gleichermaßen gut geeignet. Dies kann bei unangemessener Nutzung von LVE im schlimmsten Falle dazu führen, dass Fehlanreize für Lehrende gesetzt und an Hochschulen fehlgeleitete Entscheidungen auf Basis dieser vermeintlich objektiven Grundlage getroffen werden. Aus diesem Grund sieht sich die DGS zu einer Stellungnahme zu den Möglichkeiten und Grenzen einer Nutzung des Instruments veranlasst (siehe auch ASA 2019).

Hierfür erscheint zunächst eine Einordnung in die Forschung notwendig.² Grundsätzlich lassen sich zwei große Forschungszeige (mit vielen

1 Der Vorstand der DGS dankt den Mitgliedern, insbesondere Tobias Wolbring, der zur Erarbeitung dieser Stellungnahme eingesetzten Kommission: Rolf Becker, Monika Jungbauer-Gans, Michaela Pfadenhauer, Larissa Schindler, Tobias Wolbring (Kommissionsleitung).

2 Die Forschung zur studentischen LVE ist aufgrund der an Hochschulen standardmäßig anfallenden LVE-Daten und der direkten Betroffenheit der Forschenden durch das Instrument überaus umfangreich. Zu beachten ist dabei, dass große Unterschiede in der methodischen Güte einzelner Studien bestehen. Einzelbefunde sollten daher kritisch geprüft und mit dem dazugehörigen Forschungsstand abgeglichen werden.

weiteren Verästelungen) unterscheiden: Auf der einen Seite gibt es eine Vielzahl an Studien, welche die Zusammenhänge von studentischen LVE mit anderen Maßen der Lehrqualität untersuchen (z.B. Marsh 2007; Rindermann 2001; Spooren, Brockx, Mortelmans 2013). Hierbei zeigt sich, dass das Instrument mittlere bis starke Korrelationen mit naheliegenden Außenkriterien, wie der Einschätzungen durch Peers, aufweist. Auch lassen sich durch hochschuldidaktische Weiterbildungsmaßnahmen Verbesserungen der LVE im Zeitverlauf erzielen (Dresel, Rindermann 2011; Penny, Coe 2004). Dies deutet an, dass Aspekte der Lehrqualität zu einem nicht unerheblichen Teil in die studentischen Bewertungen eingehen, dem Instrument also eine gewisse Validität nicht abzuspochen ist.

Auf der anderen Seite lässt die Stärke der empirisch dokumentierten Zusammenhänge aber durchaus Raum für unerwünschte sachfremde Einflüsse (z.B. Kromrey 1994a; Stark, Freishtat 2014; Wolbring 2013). So deuten zahlreiche Forschungsarbeiten *erstens* an, dass es unter bestimmten Bedingungen Einflussfaktoren auf die studentische Bewertung geben könnte, die unabhängig von der Qualität der Lehre wirken. So wurden die studentischen Bewertungen der Lehre in verschiedenen Studien mit dem Geschlecht (z.B. Boring 2017; Rivera, Tilcsik 2019) und der physischen Attraktivität der Dozierenden (z.B. Hamermesh, Parker 2005; Klein, Rosar 2006) in Verbindung gebracht. Auch weisen Studien für andere Länder auf mögliche Zusammenhänge der studentischen Bewertungen mit der Hautfarbe und ethnischen Herkunft der Lehrenden hin (z.B. Chávez, Mitchell 2020; Chisadza, Nicholls, Yitbarek 2019). *Zweitens* gehen Rahmenbedingungen der Lehre, wie das studentische Vorinteresse, der Pflicht- bzw. Wahlcharakter einer Veranstaltung und auch die räumliche Situation (z.B. Esser 1997; Rindermann 2016), die nicht oder nicht gänzlich in der Hand der Lehrenden liegen, in die Bewertung mit ein. Schließlich kann es aufgrund von Reziprozitäten bei der gegenseitigen Bewertung der Lehr- und Studienleistung durch Lehrende und Studierende *drittens* zu Fehlanreizen bei der Gestaltung von Lehre und Prüfungen kommen. So eröffnen sich Möglichkeiten und Anreize zur Manipulation von LVE durch eine Reduktion des Workloads oder eine Inflation der Noten (z.B. Bar, Kadiyali, Zussmann 2009; Johnson 2003; Weinberg, Hashimoto, Fleisher 2009).

Auch wenn diese Effekte je nach sozialem Kontext variieren dürften, zeigen diese Befunde, dass solche Faktoren LVE potenziell verzerren und im Einzelfall durchaus starke Effekte haben können. Daneben können Me-

thodeneffekte auftreten, die mit der Fragebogengestaltung, dem Befragungsmodus und dem Rücklauf zusammenhängen (z.B. Dresel, Tinsner 2008; Kromrey 1994b; Treischl, Wolbring 2017). Dies erschwert ebenfalls die Vergleichbarkeit von LVE über verschiedene Veranstaltungsformate, Themen und lokale Hochschulkontexte hinweg. All dies entkräftet freilich nicht die zuvor berichteten Befunde zur Validität studentischer LVE, zeigt aber, dass LVE die Zufriedenheit der Studierenden mit der Lehre erfassen, was durchaus wünschenswert ist. LVE-Ergebnisse sind jedoch trotz ihrer häufigen Nutzung als Grundlage für Karriereentscheidungen nicht mit einer präzisen Messung der Lehrleistung von Einzelpersonen gleichzusetzen. Daher sollte das Instrument mit Bedacht und Augenmaß unter Anerkennung dieser Fallstricke verwendet werden. Die DGS leitet aus dem skizzierten Forschungsstand folgende Empfehlungen ab:

- LVE sollten zum Zweck einer formativen Evaluation, d.h. einer den Lehrprozess begleitenden Bewertung, eingesetzt werden. Hierfür ist eine Evaluationskultur zu entwickeln, bei der die Feedback- und Entwicklungsfunktion im Vordergrund steht. Dabei sollten LVE nicht als Ausdruck der Lehrleistung einzelner Lehrpersonen, sondern als das Ergebnis des Zusammenspiels aus Lehrenden, Studierenden und Rahmenbedingungen begriffen werden. Vor diesem Hintergrund liegt eine stärkere Nutzung von LVE für die systematische Weiterentwicklung von Modulen und Studiengängen im Rahmen des Studiengangs- und Qualitätsmanagements nahe.
- Für eine Begleitung des Lehrprozesses durch LVE im Sinne einer formativen Evaluation sollten diese früher als bisher üblich im Semester durchgeführt werden, wobei die Fragebögen entsprechend dieser veränderten Zielsetzung anzupassen sind. So können die Evaluationsergebnisse nicht nur im laufenden Semester mit den Studierenden besprochen, sondern auch dafür genutzt werden, um eine ggf. notwendige Nachjustierung in der Lehre vorzunehmen. Dies erhöht auch die Motivation für Studierende, sich an LVE zu beteiligen und Lehrenden ein konstruktives Feedback zu geben.
- Der in LVE eingesetzte standardisierte Fragenkanon bildet oft die Spezifika bestimmter Lehrveranstaltungen, z.B. deren didaktische Konzepte und konkrete Ausgestaltung, nur unzureichend ab. Um einen möglichst hohen Informationsgehalt von LVE zu gewährleisten, sollte Lehrenden die Möglichkeit gegeben werden, das Standardinstrument durch eigene Fragen zu ergänzen.

- Bei der Kommunikation der Resultate ist auf eine angemessene Ergebnisdarstellung zu achten. Dies betrifft insbesondere Angaben zum Rücklauf, zur Streuung der Daten und zu sinnvollen Vergleichswerten. Diese Angaben sind ebenso wie der Veranstaltungstyp (z.B. Wahl-/Pflichtveranstaltung, didaktisches Konzept, Lernziele) und -kontext (z.B. studentisches Vorinteresse, Schwierigkeitsgrad, Workload) bei der Interpretation der LVE-Ergebnisse zu berücksichtigen. Auf die Angabe von Lehrveranstaltungsbewertungen, die ganz anderen Rahmenbedingungen unterliegen und somit zu unzulässigen Vergleichen verleiten, ist bei der Ergebnisdarstellung ebenso zu verzichten, wie auf die Rückmeldung verletzender oder beleidigender Antworten auf offene Fragen.
- Der Prozess sollte durch Fortbildungsmöglichkeiten und Unterstützungsangebote (z.B. Peer-Mentoring) begleitet werden, ohne Lehrende jedoch zu entsprechenden hochschuldidaktischen Kursen zu verpflichten. Für die Rückmeldung besonders negativer LVE-Ergebnisse sind spezielle Verfahren zu implementieren, um negative Effekte, wie eine nachhaltige Frustration der Lehrenden, durch die Evaluation zu verhindern.
- Die Grenzen von LVE als Steuerungsinstrument im Sinne einer summarischen Evaluation, d.h. einer abschließenden Bewertung der Lehrleistung zur Ableitung von Folgemaßnahmen, sind anzuerkennen. Sie können eine wichtige, aber sicherlich nicht die einzige Informationsgrundlage im Rahmen von zentralen Entscheidungen (z.B. Berufungen, Entfristungen oder Lehrpreisen) sein. Insbesondere sollten keine Automatismen an LVE-Ergebnisse geknüpft werden (z.B. Mindestziele oder kritische Schwellen). Je nach Kontext sind weitere geeignete Informationen zur Lehrleistung hinzuziehen. Dies kann z.B. im Rahmen von Lehrproben, Lehrkonzepten oder einer Expertenkommission unter Einbeziehung der Studierenden, erfolgen.
- Die Zielsetzungen und intendierten Nutzungszwecke von LVE sind allen Stakeholdern – insbesondere den Lehrenden und Studierenden – vorab transparent zu kommunizieren. Hierbei ist auch zu klären, wer die Ergebnisse einer LVE einsehen darf. Für bestimmte Zwecke (z.B. Nutzung im Rahmen von *Tenure-Track*-Verfahren) bedarf es darüber hinaus ggf. einer schriftlichen Fixierung in einer Evaluationssatzung. Daneben sind auch für LVE die Vorgaben aus der Datenschutz-Grundverordnung zu beachten, wobei die konkrete Umsetzung mit den Datenschutzbeauftragten an der jeweiligen Hochschule abzuklären ist.

Literatur

- American Sociological Association 2019: Statement on Student Evaluations of Teaching. www.asanet.org/sites/default/files/asa_statement_on_student_evaluations_of_teaching_feb132020.pdf, letzter Aufruf 23. Juni 2020.
- Bar, T., Kadiyali, V., Zussman, A. 2009: Grade Information and Grade Inflation: The Cornell Experiment. *Journal of Economic Perspectives*, vol. 23, no. 3, 93–108.
- Boring, A. 2017: Gender Biases in Student Evaluations of Teaching. *Journal of Public Economics*, vol. 145, 27–41.
- Chávez, K., Mitchell, C.M.W. 2020: Exploring Bias in Student Evaluations: Gender, Race, and Ethnicity. *Political Science and Politics*, vol. 53, no. 2, 270–274.
- Chisadza, C., Nicholls, N., Yitbarek, E. 2019: Race and Gender biases in Student Evaluations of Teachers. *Economics Letters*, vol. 179, 66–71.
- Dresel, M., Rindermann, H. 2011: Consultation of University Instructors Based on Student Evaluations of Teaching Effectiveness: Multilevel Test of its Effectiveness under Consideration of Bias and Unfairness Variables. *Research in Higher Education*, vol. 52, no. 7, 717–737.
- Dresel, M., Tinsner, K. 2008: Onlineevaluation von Lehrveranstaltungen: Methodeneffekte bei der Onlineevaluation von Lehrveranstaltungen. *Zeitschrift für Evaluation*, 7. Jg., Heft 2, 183–211.
- Esser, H., 1997: Zweifel an der Evaluation der Lehre. *Wirtschaftswissenschaftliches Studium: Zeitschrift für Ausbildung und Hochschulkontakt*, 26. Jg., Heft 1, 45–49.
- Hamermesh, D.S., Parker, A.M. 2005: Beauty in the Classroom. Instructors' Pulchritude and Putative Pedagogical Productivity. *Economics of Education Review*, vol. 24, no. 4, 369–376.
- Johnson, V.E. 2003: *Grade Inflation. A Crisis in College Education*. New York: Springer.
- Klein, M., Rosar, U. 2006: Das Auge hört mit! Der Einfluss der physischen Attraktivität des Lehrpersonals auf die studentische Evaluation von Lehrveranstaltungen – eine empirische Analyse am Beispiel der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln. *Zeitschrift für Soziologie*, 35. Jg., Heft 4, 305–316.
- Kromrey, H. 1994a: Wie erkennt man gute ›Lehre‹? Was studentische Vorlesungsbefragungen (nicht) aussagen. *Empirische Pädagogik*, 8. Jg., Heft 2, 153–168.
- Kromrey, H. 1994b: Evaluation der Lehre durch Umfrageforschung? Methodische Fallstricke bei der Messung von Lehrqualität durch Befragung von Vorlesungsteilnehmern. In P. Mohler (Hg.), *Universität und Lehre. Ihre Evaluation als Herausforderung an die Empirische Sozialforschung*. Münster: Waxmann, 91–114.
- Marsh, H. 2007: Students' Evaluations of University Teaching: A Multidimensional Perspective. In R.P. Perry, J.C. Smart (eds.), *The Scholarship of Teaching and Learning in Higher Education: An Evidence-Based Perspective*. New York: Springer, 319–384.

- Penny, A.R., Coe, R. 2004: Effectiveness of Consultation on Student Ratings Feedback: A Meta-analysis. *Review of Educational Research*, vol. 74, no. 2, 215–253.
- Rindermann, H. 2001: *Lehrevaluation. Einführung und Überblick zu Forschung und Praxis der Lehrveranstaltungsevaluation an Hochschulen mit einem Beitrag zur Evaluation computerbasierten Unterrichts*. Landau: Empirische Pädagogik.
- Rindermann, H. 2016: *Lehrveranstaltungsevaluation an Hochschulen. Der Einfluss der Rahmenbedingungen auf Qualität von Lehre und Ergebnisse von Lehrevaluation*. In D. Großmann, T. Wolbring (Hg.), *Evaluation von Studium und Lehre. Grundlagen, methodische Herausforderungen und Lösungsansätze*. Wiesbaden: Springer VS, 227–262.
- Rivera, L.A., Tilcsik, A. 2019: Scaling Down Inequality: Rating Scales, Gender Bias, and the Architecture of Evaluation. *American Sociological Review*, vol. 84, no. 2, 248–274.
- Spooren, P., Brockx, B., Mortelmans, D. 2013: On the Validity of Student Evaluation of Teaching: The State of the Art. *Review of Educational Research*, vol. 83, no. 4, 598–642.
- Stark, P.B., Freishtat, R. 2014: An Evaluation of Course Evaluations. *ScienceOpen Research*, doi: 10.14293/S2199-1006.1.SOREDU.AOFRQA.v1.
- Treischl, E., Wolbring, T. 2017: The Causal Effect of Survey Mode on Students' Evaluations of Teaching: Empirical Evidence from Three Field Experiments. *Research in Higher Education* vol. 58, no. 8, 904–921.
- Weinberg, B.A., Hashimoto, M., Fleisher, B.M. 2009: Evaluating Teaching in Higher Education. *Journal of Economic Education*, vol. 40, no. 3, 227–261.
- Wolbring, T. 2013: *Fallstricke der Lehrevaluation. Möglichkeiten und Grenzen der Messbarkeit von Lehrqualität*. Frankfurt am Main, New York: Campus.

Ein kurzes Gespräch mit Hubert Knoblauch und Stefanie Pawlak, die den 40. DGS-Kongress 2020 organisieren.

Herr Knoblauch, Frau Pawlak, welche Aspekte und Alternativen wurden bei der Entscheidung pro und contra digitale Durchführung abgewogen?

Hubert Knoblauch: Als die Pandemie im März ausbrach, waren vor allem die Planungen vor Ort weitgehend abgeschlossen: Wir hatten Räume gesichtet und gemietet, und zwar (für teures Geld) auch für die Eröffnungsveranstaltung, die Sonderveranstaltungen und die Party, ja sogar schon die Musik zur Eröffnung gebucht. Zu Beginn der Pandemie wollten wir deswegen erst einmal abwarten, wie lange das geht. Schon nach wenigen Wochen begannen wir allerdings mit der Suche nach Alternativen. Es stellte sich jedoch heraus, dass die Räume an der TU für das Frühjahr 2021 schon ausgebucht waren; im Sommer 2021 war lediglich die Woche noch unbelegt, in der der Kongress der Europäischen Gesellschaft für Soziologie (ESA) stattfinden soll. Da die Vorbereitungen für den nächsten DGS Kongress in Bielefeld 2022 auch schon weiter gediehen waren, als wir zunächst vermutet hatten, konnten wir auch nicht mehr auf 2022 ausweichen. Deswegen begannen wir an der Digitalisierung zu arbeiten. Aus rechtlichen und finanziellen Gründen wollten wir mit der offiziellen Entscheidung und Verlautbarung eigentlich abwarten, dass größere Veranstaltungen (ab 1.000 Personen) offiziell vom Berliner Senat verboten würden. Als der Senat sich aber nach mehreren Ankündigungen nicht über den 31. August 2020 hinaus wagen wollte, was die Aussagen zu Großveranstaltungen angeht, nachdem auch immer mehr andere Großveranstaltungen abgesagt bzw. verschoben wurden und nachdem wir selbst positive Erfahrungen mit digitalen Veranstaltungen gemacht hatten, entschieden wir uns mit dem Vorstand dann offiziell zur Digitalisierung des Kongresses.

Wie kam es zu der Entscheidung, den Kongress über zwei Wochen abzuhalten und nicht nur die üblichen fünf Kongresstage zu organisieren?

Hubert Knoblauch: Der Soziologie-Kongress zeichnet sich ja auch durch eine große Dichte an Begegnungen aus, die von der räumlichen Nähe ermöglicht wird. Weil der gemeinsame Raum aber fehlt, wollen wir den Ablauf ein wenig entschleunigen. Denn wenn viele digitale Veranstaltungen gleichzeitig stattfinden, hat niemand die Möglichkeit, andere und anderes kennenzulernen. Indem wir den Kongress auf zwei Wochen strecken,

können die Teilnehmenden nun potentiell auch andere und mehr Beiträge und andere Sessions mitbekommen als die, an denen sie selbst aktiv beteiligt sind. Da wir schon vor der Entscheidung zur Digitalisierung bemerkt haben, wie viele Kongresse, Tagungen und Workshops für Herbst und Winter abgesagt wurden und sich so unsere Terminkalender deutlich entspannten und weil das Wintersemester ja auch später beginnen wird, erschien es uns sinnvoll, diese Entzerrung und Entschleunigung vorzunehmen.

Im ursprünglichen Kongressprogramm spielte auch Berlin als urbaner Raum, in dem zahlreiche der programmatischen gesellschaftlichen Spannungslinien zusammenlaufen, eine wichtige Rolle. Wie gehen Sie inhaltlich mit dem Wegfall der Präsenz vor Ort um?

Hubert Knoblauch: Für uns Berliner*innen, die wir nun nach mehr als 40 Jahren den Kongress nach Berlin holen wollten, ist dieser Wegfall höchst bedauerlich. Wir hatten mit den kuratierten Veranstaltungen des Berlin-Forums (die alle schon ausgewählt waren) wie auch mit einer Reihe von (aus Politik, Medien und Wissenschaft) prominent besetzten Sonderveranstaltungen den Kongress an einigen erlesenen Orten auch in die nicht-soziologische Öffentlichkeit bringen wollen. Weil wir ja nun weitgehend »unter uns« sein werden, mussten wir die meisten absagen. Um den lokalen Charakter des Kongresses wenigstens ein wenig zu erhalten, haben wir noch einige Aktivitäten entwickelt, um wenigstens ein paar Veranstaltungen »live« (unter anderem die Einführungsveranstaltung im prachtvollen Lichthof der TU mit Joachim Gauck) durchzuführen und übers Internet zu streamen. Zudem haben wir die beteiligten Berliner Einrichtungen (Institute, SFBs etc.) aufgerufen, lokale Veranstaltungen durchzuführen oder sich als lokale Akteure auf eine für sie angemessene Weise während des Kongresses digital einzubringen. Anfang August nun wurde uns Bescheid gegeben, dass bis Ende September gar keine Veranstaltungen stattfinden dürfen. Dennoch bemühen wir uns derzeit immer noch, wenigstens ein, zwei Veranstaltungen vor Ort stattfinden zu lassen.

Welche Konsequenzen hatte die Umstellung des Kongresses auf digitale Durchführung für das Organisationsteam?

Hubert Knoblauch: Sie betreffen zunächst den Ort: Während wir vorher gemeinsam an der TU gearbeitet haben, treffen wir uns nun eben im Internet. Wir werden natürlich auch nicht die übliche Ausweitung erleben, die etwa mit der Anwerbung von Studierenden einhergeht.

Stefanie Pawlak: Das Team im Kongressbüro ist viel kleiner, ich arbeite zu zweit mit Marco Siegmund an dem Kongress. Und digitale Veranstaltungen zu organisieren, ist weniger »greifbar«, als analoge.

Wie kann man sicherstellen, dass der Kongress aufgrund der Menge der Teilnehmer*innen technisch nicht zusammenbricht?

Stefanie Pawlak: Es gibt drei Veranstaltungen, die wir aus Berlin streamen werden: die Eröffnungsveranstaltung und zwei Sonderveranstaltungen. Da sichern wir uns technisch doppelt und dreifach ab und testen alles vorher. Technisch gesehen senden wir auch nur das Signal aus. Der Zugriffserver liegt bei einem anderen Anbieter. Der hat uns versichert, dass er unsere Zugriffszahlen ganz, ganz locker verkraftet. Bei allen anderen Veranstaltungen, etwa den Sektionsveranstaltungen und ad-hoc-Gruppen-Sitzungen, gibt es keinen zentralen Knotenpunkt, der bei der TU Berlin oder der DGS läge. Wir haben uns etablierte Anbieter ausgesucht, die gezeigt haben, dass sie mit viel *traffic* umgehen können. So arbeiten wir mit Zoom, das die allermeisten schon kennen dürften. Auch die Anmeldung und der Zugang zu den digitalen Sessions liegt bei einem externen Anbieter. Sollte es da Probleme geben, erreichen wir die Teilnehmer*innen auch per E-Mail. Ein mögliches Problem könnte ein Überlaufen an Supportanfragen in den ersten Tagen darstellen. Auch wenn durch die Entzerrung nicht mehr 35 Sessions gleichzeitig starten, sondern 15 bis 18, ist das immer noch eine relevante Größe, die wir im Auge behalten müssen. Wenn nur in sechs Sessions zeitgleich zu Beginn etwas schief geht, kommen wir ins Rotieren. Wir versuchen das abzufedern, indem wir in der Woche vor dem Kongress Sessions anbieten, in denen sich Organisator*innen in Zoom einarbeiten können, wenn sie damit noch keine Erfahrungen gemacht haben. Insgesamt hoffen wir aber, dass die Meisten Zoom schon aus ihrem Berufsalltag kennen.

Sind Alternativen für Büchertische, Kaffeepausen und all die anderen informellen Begegnungsräume angedacht?

Stefanie Pawlak: Einige Verlage werden sich im Internet präsentieren. Aber das ersetzt keine Büchertische. Und auch keine Kaffeepausen, informellen Begegnungsräume, Gespräche auf dem Flur und in der Kneipe, in der man abends Kolleg*innen trifft. Sowas lässt sich in dieser Größenordnung digital kaum sinnhaft einrichten. Wir wissen, dass sich einige Teilnehmer*innen mit Kolleg*innen zum gemeinsamen Schauen der Eröffnungsveranstaltung und der Keynotes verabredet haben. Das halte ich für eine schöne Idee.

Lässt sich voraussichtlich etwas vom digitalen Kongress für künftige DGS Veranstaltungen übernehmen, die wieder als Präsenzveranstaltung stattfinden werden?

Hubert Knoblauch: Diese Frage betrifft wohl nicht nur unseren Kongress, sondern die Langzeitfolgen von Corona auf die Digitalisierung. Vermutlich werden sie ganz entscheidend vom Erfolg des Kongresses selbst abhängig sein. Falls der Kongress ohne größere technische Probleme verlaufen wird, kann das sicherlich weitreichende Folgen haben. Ausgehend von unserer schon früh geäußerten Vermutung, dass Corona die Refiguration wie unter einem Brennglas verschärft, ist anzunehmen, dass sich die Rolle von Mobilität, Lokalität und Präsenz verändert und sich damit auch neue Formen der Kommunikation einschleifen – oder, wie wir nach einem digitalen Semester und den ersten digitalen Tagungen bemerken, schon eingeschliffen haben. Diese Refiguration muss keineswegs nur schicksalhaft erduldet werden. Wir werden uns sicherlich überlegen müssen, in welchem Ausmaß wir etwa das Reisen über weite Distanzen für kurze und standardisierte Vorträge beibehalten müssen; zugleich werden wir aber auch die *face-to-face* Formate intensivieren müssen. Da wir zu den ersten gehören, die einen Kongress in dieser Größenordnung durchführen, sollten wir nach dem Kongress deswegen ganz kritisch bewerten, was gut gelaufen ist, was fehlt und was wir machen könnten, um auch Fehlentwicklungen zu vermeiden.

Veränderungen in der Mitgliedschaft

Neue Mitglieder

Dipl.-Soz. Umut Akkuş, Dortmund
Tim Albrecht, Hannover
Elijah Arcurí, Berlin
Vincent August, M.A., Berlin
Mona-Maria Bardmann, M.A., Stuttgart
Dr. Pascal Berger, Aachen
Mira Böing, M.A., Köln
Jennifer Bosen, M.A., Aachen
Jan Frederik Bossek, M.A., Köln
Miriam Brunnengräber, M.A., Mainz
Eva Daniels, Frankfurt am Main
Nadine Diefenbach, M.A., Witten
Dr. Marc Grimm, Bielefeld
Richard Groß, Dresden
Dr. Pınar Gümüş Mantu, Gießen
Niklas Herrberg, Düsseldorf
Dr. Julia Höppner, Kassel
Jun.-Prof. Dr. Andreas Köpfer, Freiburg
Kristina Korte, M.A., Berlin
Felix Krell, Friedrichshafen
Dr. phil. Björn Krey, Mainz
Robert Landwirth, M.A., Darmstadt
Matthias Leger, M.A., Stuttgart
Hendrik Alexander Lux, Köln
Dr. phil. Björn Milbradt, Halle
Nina Monowski, M.A., Bamberg
Dr. Achim Oberg, Mannheim
Dahla Rodewald, M.A., Bamberg
Jakob Roschka, M.A., Kassel
Carla Scheytt, M.A., Bochum
Dr. phil. Verena Schneider, Berlin

Sebastian Scholz, Hannover
Stefan Schulder, M.A., Hamburg
Johanna Springhorn, M.A., Bielefeld
Dr. Elisabeth Süßbauer, Berlin
Sarah Patricia Tell, M.A., Bamberg
Prof. Dr. Tobias ten Brink, Frankfurt am Main
Dr. Lena Maria Verneuer, Bielefeld
Nadia Wester, M.A., Bad Honnef

Neue studentische Mitglieder

Nora Drohne, Kassel
Jakob Eisemann, Berlin
Bernhard Michelis, Griesheim
Emanuela Nyantakyi, Hamburg
Johann Paetzold, Würzburg
Svenja Reinhardt, Coburg
Aurora Antonia Sauter, Offenbach am Main
Leonie Schmickler, Passau
Janine Schröder, Augsburg
Jonas Volle, Bonn
Jonas Aljoscha Weik, Mainz

Austritte

Meltem Acartürk, M.A., Frankfurt am Main
Dipl.-Soz. Sascha Bark, Hagen
Bettina Barthel, Berlin
Tobias Bombel, Konstanz
Gül Nur Bozkurt-Alezzo, Düsseldorf
Dr. Hella Dietz, Göttingen
Dipl.-Soz. Cord Drögemüller, Hannover
Dr. Ilse Dygutsch-Lorenz, Preetz
Dr. rer. pol. Sven Ehrlich, Quickborn
Denis Erbozkurt-Beckers, Kamp-Lintfort
Jonas Fedders, Berlin

Dr. Michael Frey, Berlin
Dipl.-Soz. Anika Göbel, Berlin
Ina Hanselmann, M.A., Innsbruck
Mark Helle, Wuppertal
Roman Heuser, Aachen
Elisabeth Hill, Augsburg
Sebastian Jakob, Chemnitz
Claudia Jänichen, Berlin
Tim Janowsky, Hannover
Dr. Heike Kanter, Berlin
Dr. Tina Klug, Darmstadt
Dipl.-Soz. Svea Korff, Hildesheim
Jakob Ladenhauf, Wien
Knut Linke, Hameln
Dr. Niels Logemann, Oldenburg
Friedholin Merhout, Durham, USA
Katinka Meyer, M.A., Berlin
Daniela Müller, Kelsterbach
Dr. Gertrud Müller, München
Dr. Gertrud Nolterieke, London
Prof. Dr. Notburga Ott, Bochum
Dr. Stephan Pflaum, München
Dr. Werner Reichmann, Verden (Aller)
Sophie Schäfer, Frankfurt am Main
Jennifer Stevens, Leipzig
Marlene Tietz, Magdeburg
Prof. Dr. Dieter Urban, Stuttgart
Miriam Venn, Sprockhövel
Prof. Dr. Ansgar Weymann, Bremen
Dipl.-Soz. Silvia Wieseler, Schlangen
Malou Windeler, Berlin

Verstorben

Prof. Dr. Laura Ibarra Garcia, Guadalajara, Mexiko
Prof. Dr. Axel Groenemeyer, Dortmund
Dr. Wilhelm Hinrichs, Berlin
Prof. Dr. Edeltraud Roller, Mainz